

Jerusalem (SBC) — Die Regierung tritt gestern unter der Kriegserklärung, die nur

Voritz des Vizepräsidenten Jigal Alon zu einer Sitzung zusammen. Alon teilt dem Kabinett mit, Ministerpräsident Ben-Gurion hatte beschlossene, stützige Fragen der Kabinetsführung sobald wie möglich dem Kabinett zur Klärung zu unterbreiten. Sobald Franz Mehr von der Konferenz der Sozialistischen Internationale aus London zurückgekehrt ist, wird sich die Regierung mit diesem Fragenkomplex befassen.

Beschwerde an das IKRK

Waffenstillstandsabkommen mit Aegypten unterzeichnet

markierte Vizeministerpräsident Aliou, dass weder der Ministerpräsident noch die vier Grossmächte als Protoktoren für die geplanten Friedeöverhandlungen in Beirut handelten. Das Protoktorat für diese Verhandlungen ruhe, in der Meinung der beiden Supermächte, Liegen. Dabei wäre es falsch, wenn der Sowjetunion ebenso wie die Vereinigten Staaten diplomatische Beziehungen zu Somalia unterhalten würde. Der Interview: des Fernsehens zeigte Aliou, ob die Annahme

tion, der Gefahr einer direkten sowjetischen Intervention, amerikanischer Detente-Erwägungen und des arabischen Gedrucks, betonen polnische Erwägungen in Jerusalem die Oberhand.

Auf kurze strategische Sicht bringt das Waffenstillstandsabkommen gewisse Vorteile für Israel mit sich. Die weitere Verপরমানterung der eingesetzten dritten ägyptischen Armee lässt weiterhin auch in der ägyptischen Öffentlichkeit die vermeintliche Zwangsge-

Gutachten erstellen, das nicht nur nicht späteren Unternehmungen der Regierung vorzuziehen.

Bereits vor zwei Wochen hatten der Sucherzeugnisse und der Generalistatsprechern und der Generalistatsprechern die Verhandlungen abgemeldet, die insbesondere auch alle Kommandanten verpflichten, die den Generalistatsprechern reitnehmen. Der Generalistatsprechern seitens der sowjetischen Seite zu Beginn der Kriegshandlungen seine Offiziere vor der Disziplin verpflichtet.

Kommentatoren erwarten schwerfällige und komplizierte Verhandlungen in Genf

Der Vizepräsident des Reichstages hat für ihn eine Vorrede geschrieben. Soweit wollte jedoch Allotria nicht gehen.

Der Vizepräsident erklärte, dass die Regierung für auswärtige Beziehungen ein Mandat vom Volke wünscht und dass weitgehend dieselben nach den Wahlen beschlossen werden können. Wenn jedoch die Möglichkeit besteht, schon im Dezember mit Friedensgesprächen zu beginnen, so sollten wir diese Gelegenheit nicht verpassen. Ohne das werden diese Gespräche eine lange Zeit andauern. Eine Entscheidung über die Wahl der Wahlversammlung wird nicht getroffen.

Die Regierung erklärte, dass sie Fragen in einer einständigen Begutachtung: eine Kabinettsdebatte im *volleu* Sinne, aber nicht nach Rückkehr der Frau Reichsstatthalterin, die Regierung hielt sich diesbezüglich streng an die Verfassungsmäßigkeit von Frau Meir und der Knesset vom 18. Oktober. In dieser Erklärung hieß es, dass ständige Fragen der Kriegsführung erst nach der Festschließung der Regierung sollen.

Die Regierung ersuchte das Präsidium der Knesset, in dieser Woche zwei Sitzungen einzufügen.

Morgen, Dienstag, wird das

DER WEG ZUM FRIEDEN IST NOCH LANG

In anschließenden Kurzinterviews begründete Dr. Jachak Rafael (BNP) und Jizchak Barak (UL) die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens. Dr. Anverny forderte, Israel solle von sich aus ohne Druck zur Rücknahme aller in dem Geistes- und Friedenswillen zu demonstrieren.

Für den Likud lehnte Dr. Zimlech Rahnak die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens ab, weil wesentlich die Interessen Israels nicht berücksichtigt sind. Dem zählte er das Problem der Gefangenen, die Freilassung der israelischen Soldaten über die Straße von Bab el Mandeb.

Wir haben zwar Zusicherungen von den Amerikanern bekommen, aber wir wissen aus der Vergangenheit, dass die USA auch die Freilassung der USA noch keineswegs mit der Meinung der ägyptischen Identität sich misse-

einige Positionen am Westufer des Suez-Kanals den UN-Truppen zu überlassen, als Gegenleistung könnte vielleicht eine entsprechende Verminderung der ägyptischen Truppen östlich des Kanals und auch westlich im Nordsektor erzielt werden.

Falls man feststellen wird, dass eine autoritative ägyptische Bereitschaft zur politischen Lösung des Konfliktes vorliegt, bspw. Israel praktisch kein Interesse an diesem Krieg hat, so sehen wir keine drohenden weiteren Stellungen.

Ein Austausch der eingekesselten ägyptischen Armee gegen einen Teil der israelischen Truppen, meint man in Jerusalem, könnte eventuell in Frage.

DAS BAB EL MANDEB-PROBLEM

Die Frage der Aufhebung der Bab el Mandeb-Blockade ist im moment. - Sechs-Punkte-Abkommen

Haus eine Erklärung der Ministerpräsidentin zum Waffenstillstandsabkommen hören.

Am kommenden Tage, Mittwoch, wird Finanzminister Padoch die des Gesandten zur Erhöhung der Sicherheitsanleihe (Bonds) von einer halbe auf eine Milliarde Dollar einreichen, da mit größeren Zeichnungen zu rechnen ist. Ebenso soll das Plenum die neuen Kaufsteuer bestätigen.

ANVERNY FORDERT

NUCKERTAT DATANS

Teil Aviv (1) — Der Versand der „MERI“-Partei, U. Anverny, verlangt in einer Pressekonzferenz, die sich mit den letzten Ereignissen beschäftigt, den sofortigen Rücktritt des Sicherheitsministers Mosche Dayan.

Nach Meinung Anverny eine durchgeführte Erneuerung des gesamten Führungspersonals notwendig

chwächte Stellung Nixons wegen der Watergate-Affäre und den Druck der Juden wird bemerkt, dass die Supermächte bisher zu keiner Einigung über ein Waffenembargo

POLITISCHE KREISE
ZUR UNTERZEICHNUNG
DES ABKOMMENS

Unser Hb-Korrespondent meldet aus politischen Kreisen in Jerusalem, das Abkommen sei nach reichlichen Überlegungen vor allem aus dem Grunde unterzeichnet worden, weil man ansah, dass Israel selbst durch einen entscheidenden militärischen Sieg über Ägypten – der stets mit erheblichem politischem Risiko verbunden ist – einen Friedensschluss nicht hätte bekommen wäre.

In der gegenwärtigen internationalen politischen Konstel-

nicht anzudeuten, wohl aber angedeutet zwischen Kissinger und Sadat mündlich vereinbart worden. Vergangenen Donnerstag legte Frau Golda Meir dem amerikanischen Botschafter Kenneth Keating das Problem dar und ersucht ihn, von Kissinger diebesogliche Erklärungen zu erhitzen. Es hat den Anschein, dass die am Freitag eingetragene Antwort Kissingers die Befürchtungen Israels beschwichtigt hat.

Es sei notwendig, die sofortige Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission unter Vorsitz eines Oberrichters.

Es sei eine sachlichshafte Entscheidung „gemäß dem Parabelbuch“ getroffen worden. Die einfachen Frontsoldaten hätten von „Armeegruppen des Likud“ und von solchen des „Maaracab“ gesprochen.

Unsere gute Mutter, Grossmutter und Urgrossmutter

NEUE GEFRIERFLEISCH-PREISE

**ERHOEBUNG DER
AUTOPREISE ERWARTET**
Die Preise für neue Kraft-
fahrzeuge erhöhen sich um
10% erhöhen. Die Export-
preise suchen derzeit noch
nach Möglichkeiten, dieser
Preiserhöhungen, die sich aus
den von der Regierung be-
schlossenen Steuererhöhungen
ergeben, wenigstens zum Teil
aufzuheben.

IN KÜRZE

**Bau für junge
neueinwanderer**

Präsident Nixon sandte ein Teletexttelegramm an den

sich eine Erhöhung der
 Wohnungspreise, wenn auch
 nicht in demselben Umfang,
 voraussagen werden. Ich wird
 Generaldirektor der Ge-
 sellschaft „Schikun Owdim“
 Moskau Abraham Ofer, versichert,
 dass die zum Militärdienst
 bestimmten Käufer von etwa
 10 000 Wohnungen keine Zin-
 sen für die Verzögerung ihrer
 Zahlungen entrichten müssen.

**Wie wird
 das Wetter?**

Teilweise bewölkt bis heiter.
 Niedrige Luftfeuchtigkeit.
 Temperatur Jerusalem
 8-22; Tel-Aviv 14-26; Haifa
 16-24; Tiberias 16-30; Galilä
 14-21; Golan-Gebirg 12-30;
 Meron 8-10; Eilat 16-30;
 Meke Jesree! 12-22; Totes
 Meer 13-31; Beer Scheva 14-
 26 und Ejlat 17-31 Grad.

Anlässlich der SCHLOSCHIM nach dem
 Ableben meiner teuren Frau, unserer Mutter.
 Schwester und Grossmutter
BATIA (Berta) REICHMANN
 geb. SOBÉ
 fr. Cimpulung
 findet die ASKARA und GRABSTEINSETZUNG
 in Cholon, morgen, Dienstag, 13.11.1973,
 um 3.00 Uhr nachmittags statt.
 Treffpunkt am alten Friedhofstor.
DIE FAMILIE

PRESSE

Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis

70 Prozent der Österreicher zeigen antisemitische Neigungen

IMAS-Statistik war in Israel kein Überraschung

DER WAFENSTILLSTAND

Die Unterzeichnung des Abkommens mit dem Aegypten ist im Vordergrund der reaktionären Kommentare der Tagespresse.

Dawar sieht in dem neuen Abkommen Möglichkeiten und Gefahren. In verschiedenen Punkten ist der Vertrag unklar und kann nach verschiedenen Richtungen ausgelegt werden. Dr. Kissinger gab sich mit diesen Unklarheiten zufrieden, um das Abkommen als solches zu erreichen und die beteiligten Seiten zu weiteren Verhandlungen zu veranlassen. Israel wird seinen Beitrag zur Festlegung des Waffenstillstandes leisten, aber wir müssen abwarten, ob die Unterhandlung keine Schwierigkeiten schaffen wird.

Hasefi ist auch der Meinung, dass Differenzen zwischen den Beteiligten bei der Auslegung des Waffenstillstandsabkommens auftreten werden, oder die Überzeugung, dass die Annahme des Gesamtabkommens beitragen werden die beteiligten Parteien veranlassen, sich auch über Einzelheiten zu einigen. Jetzt wird ein schweres politisches Ringen mit den Grossmächten beginnen, und Israel muss sich eine gehörige Portion Stillschweigen für dieses Ringen sichern.

Al Harnischmar ist überzeugt, dass die Bevölkerung in Israel das neue Abkommen mit Zufriedenheit aufnehmen wird und in ihm eine Chance für die Unterzeichnung des Abkommens mit Aegypten zu Beginn einer neuen Epoche zu sehen, aber wir dürfen hinsichtlich der Hoffnungen auf die Zukunft nicht überheizen.

Die Jerusalem Post sieht das Positive des Abkommens darin, dass die Feuerstellungsgrenzen zwischen dem West- und Ostjordanland festgelegt sind. Es bleibt jetzt abzuwarten, ob Aegypten wirklich nach Frieden strebt oder nur Nüstern für Gebiete mit militärischer Massnahme oder mittels Unterstützung auswärtiger Mächte an sich reissen will.

Omer sieht den wichtigsten Punkt des Abkommens im Austausch der Gebiete. Hamedia fragt, ob Israel auf die ertrungenen Territorien Teile von einer Friedenskonferenz verzichten will. Es ist sehr schwer, eine Antwort auf diese Frage zu geben.

Nach Auffassung von Scheer befinden wir uns in einer Zeit der Übergänge. Die letzten Jahre ist seit dem Einbruch von Sadat und wir müssen seine nächsten Schritte abwarten. Auf jeden Fall haben wir harte Auseinandersetzungen und Ringen um jeden Punkt zu erwarten.

GEGEN INTERVIEWS VON KOMMANDEUREN

Haaretz wendet sich entschieden gegen Interviews von Armeekommandeuren, in denen sie sich über Meinungsverschiedenheiten über die Operationen äussern. Die Zeitung kritisiert insbesondere das Interview, das Sharon in der New York Times veröffentlicht hat und weist darauf hin, dass die Kommandeure nicht antworten können, die von Sharon auf die Anklagebank gesetzt wurden und das verschleiern noch den Skandal. Das Armeekommando muss mit starker Hand eingreifen und derartigen Erscheinungen ein Ende bereiten.

Seine Anspruchsberechtigung leitet der Kläger aus der behaupteten Zugehörigkeit zum deutschen Sprach- und Kulturkreis her. Hierzu hat er vorgebracht, seine Eltern entstammten alten deutsch-jüdischen Familien. In seinem Elternhaus sei deutsch die Umgangssprache gewesen. Man habe stets deutsche Zeitungen gelesen. Er habe eine dementsprechende deutsche Erziehung erhalten. Auch jetzt sei deutsch seine Umgangssprache. Er pflege deutschsprachigen Umgang, zumal seine Ehefrau dem deutschen Volkstum angehöre. Er lese deutsche Tageszeitungen. Ergänzend hat er einen Fragebogen zur Feststellung der deutschen Volkszugehörigkeit vorgelegt, auf dessen Inhalt verwiesen wird.

Auf Veranlassung der Entscheidungsbefugnisse hat der Kläger sich bei der zuständigen Behörde des Staates Israel eine Sprachprüfung unterzogen. Auf die hierfür erstellten Unterlagen wird Bezug genommen.

Durch Beschuldigung vom 2. 5. 1971 hat die Entscheidungsbefugnisse den Antrag des Klägers auf Entschädigung für Schäden an Körper oder Gesundheit abgelehnt mit der Begründung, seine Angaben und das Ergebnis der Sprachprüfung führten nicht zu der Überzeugung, dass seine Muttersprache deutsch gewesen sei und er in seinem persönlichen Lebensbereich überwiegend deutsch gesprochen habe, zumal er nicht in einem Gebiet mit deutschsprachiger Bevölkerung gelebt habe.

Aus den Gründen: Der Verfolgung, der wie der Kläger die Verfolgungsbefugnisse bis zum Inkrafttreten des BEG endgültig verlassen hat, ist dann entschädigungsberechtigt, wenn er dem deutschen Sprach- und Kulturkreis angehört hat. Die Voraussetzung erfüllt der Kläger. Dabei geht der Senat von der Bundesgerichtsentscheidung vom 23. 3. 1970 aus. Danach hat der Verfolgte, der in seinem deutschsprachigen, Anspruch auf Entschädigung als Angehöriger des deutschen Sprach- u. Kulturkreises. Die Teilnahme an deutschen Bildungs- und Kulturleben wird nicht vorausgesetzt. Jedem, der eine Sprache als Muttersprache spricht oder im persönlichen Bereich ständig gebraucht, erschliesst sich das Weltbild der Sprache. Derjenige, der mit der deutschen Sprache weitgehend vertraut ist und in seinem persönlichen Lebensbereich spricht, erhält einen Zugang zu der durch die Sprache vermittelten

Kultur. Dabei macht es keinen Unterschied, ob der Deutschsprechende nur über den Wortschatz und die Ausdrucksmöglichkeiten verfügt, die für sein Familienleben und die tägliche Berufstätigkeit ausreichen oder ob ihm die Sprache den Zugang zu Bereichen eröffnet, die der Religion, Wissenschaft sowie insbesondere der Dichtung angehören. Er darf nicht unterschieden werden, welche Schicht des kulturellen Lebens der Angehörige der Sprachge-

WIEDERGUTMACHUNGSRAGEN

meinschaft sich durch den Gebrauch der Sprache erschliesst. Deshalb ist der Gebrauch des Deutschen im Bereich des persönlichen Lebens ein im Regelfall ausreichendes Anzeichen für die Zugehörigkeit zum deutschen Sprach- und Kulturkreis.

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze ist nach dem vorliegenden Beweisergebnis hinreichend erwiesen, dass der Kläger bis zum Beginn der Verfolgung in seinem persönlichen Lebensbereich überwiegend deutsch gesprochen hat. Diese Sprache hat er in seinem Elternhaus vorwiegend durch seine Mutter und einen deutschen Sprachlehrer erlernt. Die Zeugin K. hat der zuständigen Behörde des Staates Israel auf Befragen bestätigt, dass aus dem Lager der deutschen Muttersprache der Klägers habe deutsch gesprochen. Damit sind die dementsprechenden Angaben des Klägers bestätigt, seine Mutter habe nicht die polnische, sondern die deutsche Sprache beherrscht. Deshalb erscheint es glaubhaft, dass im Elternhaus des Klägers, wie er vorträgt, im Umgang fast ausschliesslich deutsch gesprochen worden ist. Die im Elternhaus erlernte deutsche Sprachkompetenz sind durch privaten Unterricht seitens eines Sprachlehrers und in geringem Umfang im Schulunterricht ergänzt worden.

Aufgrund der vor der zuständigen Behörde des Staates Israel abgegebenen Sprachprüfung steht fest, dass der Kläger fließend, wenn auch nicht fehlerfrei, deutsch spricht, und fast fließend deutsch liest. Hierdurch wird bestätigt, dass er deutsch im Elternhaus erlernt hat, zumal keine Anhaltspunkte es rechtfertigen, anzunehmen, er habe deutsch zu Studienzwecken, zur besseren Verständigung im Ausland, zum gelegentlichen Gebrauch im Beruf oder etwa erst wäh-

rend oder nach der Verfolgung erlernt. Bei Beginn der Verfolgung war er erst 19 Jahre alt. Diese hat er nicht in Deutschland oder in deutschsprachiger Umgebung erlitten. Nach der Verfolgung hat er nicht in einem deutschsprachigen Gebiet gelebt. Seit dem Jahre 1947 ist er in Israel als Arbeiter in einer Fabrik tätig, so dass auch hieraus nicht gefolgert werden kann, er habe seine deutsche Sprachkompetenz im Zusammenhang

WIEDERGUTMACHUNGSRAGEN

mit seiner beruflichen Tätigkeit erworben. Auch diese Erwägung lassen seine Angaben glaubhaft erscheinen, er habe deutsch in seinem Elternhaus erlernt und dort überwiegend als Umgangssprache benutzt.

Zwar weist die Niederschrift, die der Kläger anlässlich der Sprachprüfung gefertigt hat, erhebliche Fehler in der Rechtschreibung auf. Allein aus diesem Grund sind jedoch die geltend gemachten Ansprüche nicht als Unzulässig zu betrachten, sondern im

Gesamtzusammenhang zu betrachten. Von jetzt an bestimmt nicht mehr der Bedarf der Pörschreibung, sondern der Bedarf, richtiger gesagt der Verheirathung, wird sich danach zu richten haben, was die Oelländer an Produktion und Ausfuhr erlauben werden. Überdies man auch nur kurz die Aussage dieses lapidaren Satzes, so überstrichen sich die Visionen. Da es ohne Mineralöl, der Rohstoff aller Rohstoffe, einfach nicht geht, da jede Volkswirtschaft binnen kurzem zum Erliegen käme, flosse das Öl nicht mehr, steigt vor den Augen der Europäer, Amerikaner und Japaner eine Macht auf, wie sie die Weltgeschichte bisher nicht gekannt hat.

Vielleicht ein Dutzend Länder im Nahen und Mittleren Osten hat heute die Macht, die Entwicklung in den alten und jungen Industrieländern zu lenken. Einen einzigen Vorgesand dessen bekommen die Holländer zu spüren, wenn sie ihre Autos am Sonntag nicht mehr fahren dürfen. In dem Bundesgebiet ist gut die Hälfte des Energieverbrauchs vom Öl abhängig. Würde auch nur zehn Prozent der Zufuhren gedrosselt, fehlten in de

vorgerannten Feststellungen nicht zu widersprechen. Zwar mag der Umfang, in dem der Betroffene die deutsche Rechtschreibung beherrscht, einen gewissen Aufschluss darüber geben, inwieweit deutsch als seine Muttersprache angesehen werden kann. Jedoch sind je nach Umständen des Einzelfalles entscheidend mit zu berücksichtigen. Dabei ist vorwiegend insbesondere zu erwägen, dass der Kläger, wie dar-

WIEDERGUTMACHUNGSRAGEN

auszugehen, dass der Kläger im Elternhaus die deutsche Sprache als Muttersprache erlernt und sie dort im Umgang überwiegend gebraucht hat. Demzufolge hat er dem deutschen Sprach- und Kulturkreis angehört. Es ist ohne Bedeutung, ob er auch heute noch in seinem Umgang überwiegend deutsch spricht oder nicht, denn für die Zugehörigkeit zum Kreis der nach Par. 130 BEG Entschädigungsberechtigten ist der Zeitpunkt des endgültigen Verlassens der Verfolgungsgebiete massgebend.

Obere Landesgericht
Koblenz vom 19. 6. 1973
— 11 U (WG) 238/73

bei der Beurteilung, in welchem Umfang der Kläger die deutsche Rechtschreibung beherrscht, in Betracht gezogen werden, dass er bereits im Alter von 19 Jahren von der Verfolgung betroffen und nach dem Abschluss zur späteren Auswanderung in der nicht deutschsprachigen Land verbannt worden ist, wo er seit mehr als 20 Jahren lebt.

Nach alledem ist davon auszugehen, dass der Kläger im Elternhaus die deutsche Sprache als Muttersprache erlernt und sie dort im Umgang überwiegend gebraucht hat. Demzufolge hat er dem deutschen Sprach- und Kulturkreis angehört. Es ist ohne Bedeutung, ob er auch heute noch in seinem Umgang überwiegend deutsch spricht oder nicht, denn für die Zugehörigkeit zum Kreis der nach Par. 130 BEG Entschädigungsberechtigten ist der Zeitpunkt des endgültigen Verlassens der Verfolgungsgebiete massgebend.

Obere Landesgericht
Koblenz vom 19. 6. 1973
— 11 U (WG) 238/73

70 Prozent der Österreicher zeigen antisemitische Neigungen

IMAS-Statistik war in Israel kein Überraschung

Drei Jahrzehnte nach Auschwitz machte eine Meinungsumfrage des IMAS-Instituts für Markt- und Sozialanalysen im Auftrag der Zeitschrift „Profil“ und des Österreichischen Rundfunks die sensationelle Runde um die Welt. Es stellte sich heraus, dass siebzig Prozent aller Österreicher antisemitische Neigungen zeigen, von denen der österreichische Bundeskanzler nichts gemerkt haben will. Im Oktober, in der das IMAS-Institut mit der Meinungsumfrage beauftragt worden war, hatte Bruno Kreisky dem österreichischen Volk die Absolution erteilt: Es gibt heute keinen Antisemitismus mehr in Österreich. Das wird den Lesern höchstens eingeleitet. Ich habe nie irgendeinen Antisemitismus verspürt.

In der Zeitschrift „Profil“ hies es am 9. November, man habe die Frage untersucht, wieweit der Antisemitismus in Österreich die Gasen von

Von AWIGDOR YESHA

Auschwitz überlebt hat, wieweit es den Österreichern so leicht gelingt, zum „gemittelten Antisemitismus“ von Karl Lueger zurückzukehren, der allerdings beim kleinsten Anlass wie der jüngsten Oelkrise seine Gemütslichkeit blitzschnell verliert.

Die Analyse der Meinungsumfrage ergab die Realität: 35 Prozent aller Österreicher fühlen sich ausserstande, einen Juden zu heiraten. 45 Prozent sind der Überzeugung, dass der Jude „wenn er es gut tut, nur aus Berechnung“ handelt. 21 Prozent finden es besser, wenn es in Österreich überhaupt keine Juden gäbe. Bei einem Viertel der österreichischen Bevölkerung über 16 Jahre, bei 23 Prozent, sind die antisemitischen Neigungen „stark“. Bei 17 Interviewten zwischen dem 17. und dem 25. Oktober mit der für die empirische Soziologie notwendigen Exaktheit aus Tausenden Antworten von 968 Testpersonen extrahierten, heisst es im „Profil“, hatte kurz zuvor das Geiseldrama von Schwchat (als Kanalar Kreisky den Terroristen nach-

hal sich Kreisky zuge warf. Paraphrasierend warf Kreisky dem österreichischen Bundeskanzler, wieweit es den Österreichern so leicht gelingt, zum „gemittelten Antisemitismus“ von Karl Lueger zurückzukehren, der allerdings beim kleinsten Anlass wie der jüngsten Oelkrise seine Gemütslichkeit blitzschnell verliert.

Der Antisemitismus Österreichs ist nicht so offen auf die Oberfläche des Lebens ausgetreten, wie es in den 1930er Jahren der Fall war. Kreisky war damals ein junger Mann, der in der Politik noch keine Rolle spielte. Heute ist er ein Veteran, ein Mann, der die Politik der Österreicher bestimmt. Er ist ein Mann, der die Politik der Österreicher bestimmt. Er ist ein Mann, der die Politik der Österreicher bestimmt.

Die IMAS-Umfrage ist unter anderem: Wo sich Österreicher besonders die Juden einsetzen? Was wollen sie von den Juden? Die Juden, die da zu kommen, haben die Hände gefesselt. Die Juden, die da zu kommen, haben die Hände gefesselt. Die Juden, die da zu kommen, haben die Hände gefesselt.

Wie denkt jedoch der durchschnittliche Österreicher in Israel über die Österreicher? Eine telefonische Umfrage in Israel ergab nach Befragung von 50 Leuten, die Österreicher gegenüber (1971) sind. Man war zu 17 über das Ergebnis der 17 Umfrage nicht überrascht. Vier Prozent beantworteten die Frage, ob Österreicher in der Nazizeit während der Bedrängnis hielten haben. 91% sagten würden niemals nach Österreich zurückkehren.

Der israelische Botschafter in Wien, Dr. Casson, hat eine antisemitische Umfrage durchgeführt. Die Umfrage ergab, dass 70% der Österreicher antisemitische Neigungen zeigen. Die Umfrage ergab, dass 70% der Österreicher antisemitische Neigungen zeigen. Die Umfrage ergab, dass 70% der Österreicher antisemitische Neigungen zeigen.

Das Öl kann die ganze Weltgeschichte verändern

Es klingt einfach: Von jetzt an bestimmt nicht mehr der Bedarf der Pörschreibung, sondern der Bedarf, richtiger gesagt der Verheirathung, wird sich danach zu richten haben, was die Oelländer an Produktion und Ausfuhr erlauben werden. Überdies man auch nur kurz die Aussage dieses lapidaren Satzes, so überstrichen sich die Visionen. Da es ohne Mineralöl, der Rohstoff aller Rohstoffe, einfach nicht geht, da jede Volkswirtschaft binnen kurzem zum Erliegen käme, flosse das Öl nicht mehr, steigt vor den Augen der Europäer, Amerikaner und Japaner eine Macht auf, wie sie die Weltgeschichte bisher nicht gekannt hat.

Nur hoffnungslose Toren könnten das im Ernst von Ländern erhoffen, deren Erdöl reichhaltig das Öl ist. Sie haben die Entscheidung über diesen Bodenschatz selbst in die Hand genommen, und sie werden dafür sorgen, dass mit diesem Schatz sparsam umgegangen wird. Sie sprechen von der „überentwickelten Industriestaaten“, von der kaum widerlegbaren Tatsache, dass diese Staaten ihren Wohlstand nicht zuletzt den niedrigen Rohstoff- und Ölpreisen verdanken. Man muss es schon ganz wörtlich nehmen, weil es stimmt, dass diese Länder in Öl bis Anfang Oktober 1973 an der Kaufkraft des US-Dollar oder des britischen Pfund gemessen, billiger abgegeben haben als 1968. Daran konnte sie nichts ändern, solange die internationalen Oelkonzerne die Fördermengen bestimm-

ten und solange dank der Entdeckung und Erschliessung immer neuer Vorkommen das flüssige Gold in Übermengen auf dem Weltmarkt vorhanden war. Die fast totale Abhängigkeit der Industrieländer von den arabischen Oelländern ist eine Tatsache. Sie wird auf Jahre hinaus gegeben sein. Niemand weiss mit Sicherheit zu sagen, wann diese Knechtschaft dank neuer Energiearten oder anderen gebrachten sein wird oder ob es nicht zu diesem Zeitpunkt schon eine weitere Abhängigkeit geben wird, nämlich die finanzielle. Was machen die Oelländer mit ihren Deviseneinnahmen? Zur Zeit finanzieren die Araber damit ihren Krieg gegen Israel, zum Teil verwenden die Oelländer dieses Geld für die eigene Entwicklung, wie es vorbildlich die Iran, Algerien und Nigeria tun, aber es gibt eine Reihe von Staaten wie Libyen, Saudi-Arabien und andere, die das Geld gar nicht investieren können.

Es gibt in der Welt noch viel Öl, das zu erschliessen jedoch derart immense Kosten verursacht, dass demgegenüber sogar die Ausgaben für die Weltumfahrt verhasst sind. Die Probleme sind nur in überstaatlicher Zusammenarbeit zu lösen. Gleiches gilt für die Entwicklung neuer Energiearten, wie Brennstoffzellen, Kernverschmelzung, Energiegewinnung aus dem Gezeiten des Meeres oder aus Licht und Wärme der Sonne. Deshalb soll sich niemand wundern, wenn die Energie teurer werden wird. Mit Staatsgriffen ist das wenig zu machen. Die Aufgaben lassen sich nur bewältigen, wenn Staat und freie Wirtschaft Hand in Hand arbeiten.

Es gibt in der Welt noch viel Öl, das zu erschliessen jedoch derart immense Kosten verursacht, dass demgegenüber sogar die Ausgaben für die Weltumfahrt verhasst sind. Die Probleme sind nur in überstaatlicher Zusammenarbeit zu lösen. Gleiches gilt für die Entwicklung neuer Energiearten, wie Brennstoffzellen, Kernverschmelzung, Energiegewinnung aus dem Gezeiten des Meeres oder aus Licht und Wärme der Sonne. Deshalb soll sich niemand wundern, wenn die Energie teurer werden wird. Mit Staatsgriffen ist das wenig zu machen. Die Aufgaben lassen sich nur bewältigen, wenn Staat und freie Wirtschaft Hand in Hand arbeiten.

Es gibt in der Welt noch viel Öl, das zu erschliessen jedoch derart immense Kosten verursacht, dass demgegenüber sogar die Ausgaben für die Weltumfahrt verhasst sind. Die Probleme sind nur in überstaatlicher Zusammenarbeit zu lösen. Gleiches gilt für die Entwicklung neuer Energiearten, wie Brennstoffzellen, Kernverschmelzung, Energiegewinnung aus dem Gezeiten des Meeres oder aus Licht und Wärme der Sonne. Deshalb soll sich niemand wundern, wenn die Energie teurer werden wird. Mit Staatsgriffen ist das wenig zu machen. Die Aufgaben lassen sich nur bewältigen, wenn Staat und freie Wirtschaft Hand in Hand arbeiten.

HARRY KEMELMAN

Am Freitag schlief der Rabbi lang

KRIMINALROMAN

© ROWOLTT-Verlag

19. Fortsetzung

Becker rief Abe Casson an, um ihm von seinem Gespräch mit dem Rabbi zu berichten, und schloss: „Er macht's einem schon verdammt schwer, ihn zu mögen. Ich bin zu ihm gegangen, um ihm zu danken, weil er mich geholfen hat, und um mich mehr oder weniger dafür zu entschuldigen, dass ich in der Vertragsgeschichte gegen ihn gearbeitet habe. Und er erklärt mir klipp und klar, dass er meine Freundschaft nicht nötig hat und dass es ihm egal ist, ob ich auch in Zukunft gegen ihn bin.“

„Den Eindruck habe ich nach deiner Erzählung zum nicht gerade. Weissst du, Al, vielleicht bist du zu gerissen, um einen Menschen wie den Rabbi zu verstehen. Du bist daran gewöhnt, zwischen den Zeilen zu lesen und zu erraten, was die Leute wirklich meinen. Ist dir je der Gedanke gekommen, dass der Rabbi genau das sagen könnte, was er wirklich meint?“

„Na schön, ich weiss schon, du, Jake Wasserman und Abe Reich — ihr seid hingerissen von ihm. Für euch drei kann der Rabbi nichts Falsches tun, aber...“

„Nun, für dich hat er doch anscheinend auch richtig gehandelt, Al.“

„Ich will ja gar nicht sagen, dass er mir und Mel keinen Gefallen getan hätte, bin ich ihm dafür dankbar. Aber du weisst sehr gut, dass Mel in jedem Fall freigekommen wäre, vielleicht einen, vielleicht sogar zwei Tage später. Sie hatten doch überhaupt nichts gegen ihn in der Hand.“

„Sei da nur nicht so sicher. Du hast keine Ahnung, wie so was gefingert wird. In einem gewöhnlichen Fall, wo einer wegen eines gewöhnlichen Verbrechens vor Gericht gestellt wird — freilich, da bestehen Aussichten, dass er freikommt, wenn er unschuldig ist. Aber hier gibt's noch ein anderes Moment. Das ist kein blosser Rechtsfall mehr. Da spielt Politik hinein, und dann schert sich keiner mehr darum, ob jemand schuldig ist oder nicht. Sie beginnen in anderen Begriffen zu denken: haben wir genug, um damit vor ein Geschworenengericht zu gehen? Wenn der Mann unschuldig ist, soll sich doch sein Anwalt darum kümmern, und wenn der's nicht tut, ist das eben Pech. Die Sache wird zu einer Art Fussballmatch: auf der einen Seite der District Attorney, auf der anderen der Verteidiger, und in der Mitte der Richter als Unparteiischer. Der Angeklagte? Der ist der Fussball.“

„Ja, aber...“

„Und noch was, Al. Wenn du das Ganze wirklich aus der richtigen Perspektive sehen willst, frag dich doch nur mal: Was passiert jetzt? Wer ist der Hauptverdächtige? Ich will's dir sagen — der Rabbi ist es. Was immer du von Small halten magst, du kannst dich nicht nicht nennen. Du kannst also sicher sein, dass er genau gewusst hat: Wenn ich Bronstein loslasse, reite ich mich selber rein... Denk mal in Ruhe darüber nach, Al, und dann frag dich noch mal, ob es tatsächlich so schwer ist, den Rabbi zu mögen.“

23. Kapitel

Am Sonntag regnete es seit den frühen Morgenstunden. Im Korridor und in den Klassenzimmern der Sünntagschule hing der Geruch nach feuchten Regenmänteln und Gummischuhen. Jacob Wasserman und Abe Casson standen hinter der Eingangstür und starrten missgelaunt

auf den Parkplatz, wo die Regentropfen auf den spiegeln-

den Asphalt klatschten.

„Viertel nach zehn, Jacob“, sagte Casson. „Scheint nichts zu werden mit der Sitzung heute.“

„Ein bisschen Regen, und schon trauen sie sich nicht mehr raus.“

Al Becker gesellte sich zu ihnen. „Ahe Reich und Meyer Goldfarb sind hier. Ich glaube nicht, dass ihr viel mehr zusammenkriegt.“

„Warten wir noch eine Viertelstunde“, meinte Wasserman.

„Wer bis jetzt nicht da ist, kommt auch nicht mehr“, erklärte Casson schroff.

„Wie wär's mit Telefonieren?“ schlug Wasserman vor.

„Wenn sie Angst vor dem bisschen Regen haben, hilft kein Anruf“, widersprach Becker.

Casson schaute verächtlich. „Glaubst du etwa, das hält sie ab?“

„Was denn sonst?“

„Meiner Ansicht nach haben sie kalte Füsse bekommen. Begreift du denn nicht, Al? Die wollen da nicht reingezogen werden.“

„In was reingezogen?“ fragte Becker. „Wovon zum Hecker sprichtst du eigentlich?“

„Von dem Mädchen, das ermordet worden ist. Und von einer eventuellen Beziehung zwischen dem Rabbi und ihr. Wir wollten heute über den neuen Vertrag für den Rabbi abstimmen, erinnerst du dich? Meiner Meinung nach haben einige von den Leuten über die möglichen Folgen nachgedacht. Angenommen, sie stimmen dafür, dass der Rabbi bleibt, und dann stellt sich heraus, dass er schuldig ist — was würden wohl ihre Freunde dazu sagen, vor allem die christlichen? Wie würde sich das auf ihr Geschäft auswirken? Kapiert's du jetzt?“

„Das wäre mit nie eingefallen“, begann Becker langsam.

„Weil dir wahrscheinlich auch nie der Gedanke gekommen ist, dass der Rabbi es getan haben könnte“, entgegnete Casson. Er sah Becker eindringlich an. „Sag mal, Al, hast du keine Anrufe gekriegt?“

Becker machte ein verdutztes Gesicht; Wasserman jedoch wurde rot.

„Aha, du hast also welche bekommen, Jacob“, fußte Casson fort.

„Was denn für Anrufe?“ fragte Becker.

„Erzähl's ihm, Jacob.“

Wasserman zuckte die Achseln. „Wer kümmert sich schon darum? Spinner, Narren, Fanatiker — soll ich die etwa anhören? Da gib's nur eines für mich — hänge ab.“

„Und du hast auch welche gehabt?“ wandte sich Beck an Casson.

„Ja, ich nehme an, sie haben Jacob angerufen, wer Gemeindevorsteher ist. Und mich, weil ich mich Politik herfasse und deshalb bekannt bin.“

„Und was hast du dagegen unternommen?“ hob Becker weiter.

Casson zuckte die Achseln. „Dasselbe wie Jacob nichts. Was kann man denn dagegen unternehmen? Wer der Mörder gefunden ist, hört das sowieso auf.“

„Na schön, aber etwas tun sollte man doch. Zumind müsstest du die Polizei informieren oder...“

„Und was können die machen? Was anderes wäre wenn ich eine Stimme wiedererkennen sollte.“

„Hm...“

„Das ist neu für dich, wie? Für Jacob wahrscheinlich auch. Aber für mich nicht. Diese Sorte von Anrufen habe ich in jedem Wahlkampf bekommen. Die Welt wimmelt von Verrückten — von verbitterten, enttäuschten, verärgerten Menschen. Als Individuen sind sie meist harmlos. Im Kollektiv aber flossen sie einem Unbehagen ein. Sie schreiben schmutzige, obszöne Briefe an die Zeitungen oder an Leute, die namentlich in den Nachrichten erwähnt werden. Und wohnt jemand im gleichen Ort, ruft sie ihn eben an.“

Wasserman sah auf die Uhr. „Nun, Herrschaften, ich fürchte, wir werden heute keine Sitzung haben.“

„Es wäre nicht das erste Mal, dass wir nicht beschlussfähig sind“, meinte Becker.

„Und was soll ich dem Rabbi sagen? Dass er sich noch eine Woche gedulden soll? Und dass wir nächste Woche bestimmt beschlussfähig sein werden?“ Er musterte Becker spöttisch.

Becker erröte. Dann bullerte er plötzlich wütend los: „Wenn wir heute nicht beschlussfähig sind, dann eben

كذا من الأصل

